Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

109 (11.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Duys, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 109 — **Mittwoch, den 11. Mai 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Zum Präsidenten von Frankreich wurde der bisherige Präsident des Senates Lebrun gewählt.

*

Im Reichstage wurde heute das Schuldentilgungsgesetz in erster und zweiter Beratung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

*

Im Reichstag kam es am Dienstagabend zu stürmischen Szenen und Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

*

Reichswehrminister Gröner begründete im Reichstag das SA.-Verbot, anschließend kam es zu einer Unterbrechung der Sitzung.

*

Das von Großbritannien vorgeschlagene Programm für die Lausanner Konferenz ist von Deutschland, Japan und Frankreich angenommen worden.

*

Am Grabe Stresemanns versammelte sich an seinem Geburtstage am Dienstag ein engerer Freundeskreis zu einer Gedenkstunde.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist nach stundenlangem Kreuzen über dem Werftgelände um 13.28 Uhr glatt von seiner Südamerikafahrt gelandet.

*

Das Riesenluftschiff Akron ist bei San Angelo in einen schweren Wirbelsturm geraten und abgetrieben.

*

Am 30. April wurden im Reich 5 737 000 Arbeitslose gezählt. Die Entlastung des Arbeitsmarktes im April ist gegenüber dem Vorjahr bedeutend geringer.

*

Auf der Generalversammlung der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei wandte sich der Parteivorsitzende Kaas gegen eine Wirtschaftsautarkie. Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach über die Aenderung der Sozialversicherung und betonte, daß der Staat die Verantwortung für die Sozialversicherung in Zukunft nicht selbst tragen, sondern sie den beteiligten Kreisen überlasse.

*

Nach Wiener Blättermeldungen soll in Südslawien ein Offizierskomplott gegen die Regierung aufgedeckt worden sein.

*

Einige deutsche Journalisten, die den Untersuchungsausschuß des Völkerbundes in der Mandschurei begleiteten, sind in Tschangtschun verhaftet worden.

Vor der englischen Bankiervereinigung kündigte Schatzkanzler Chamberlain neue große Einsparungen im Haushalt an, die nach dem „Star" 60 bis 100 Millionen Pfund betragen werden.

Deutscher Reichstag

Das Kreditermächtigungsgesetz in zweiter Lesung angenommen — Stürmische Szenen — Gröner über das SA.-Verbot — Unterbrechung der Sitzung

Berlin, 10. Mai.

Reichspräsident Löbe gibt bei Eröffnung der Sitzung ein Telegramm bekannt, in dem der Präsident der französischen Kammer dem Reichstag den Dank ausspricht für die Beileidsbekundung zum Tode von Doumer und Albert Thomas. Die erste **Beratung des Schuldentilgungsgesetzes** wird fortgesetzt.

Abgeordneter Bauk (Dntl.)

nennt es eine leere Farce, wenn der Etat dem Reichstag vorgelegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Absicht verkündet, im Falle seiner Nichtannahme den Etat durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Unter einem wirklich parlamentarischen Regime würde die Ablehnung des Etats zum Rücktritt der Regierung führen müssen. Deutschland werde aber schon seit Jahren durch Notverordnungen am laufenden Bande regiert. Unter dieser Diktatur der Reichsbürokratie klinge jene Notverordnung verdammt modern, die im Jahre 1837 der preußische Minister v. Rochow erließ und in der es hieß: Dem Untertanen ziemt es nicht, an die Handlungen der Regierung den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen. (Sehr gut rechts.) Wir leben in einem Zustande der Verfassungslosigkeit. Ein Reichstag, der auf sein höchstes verfassungsmäßiges Recht, nämlich auf die gründliche Beratung und Verabschiedung des Etats verzichtet, handelt selbst verfassungswidrig (Sehr richtig! rechts.) Mit dem **verfassungsrechtlich nicht haltbaren Selbstbewilligungsverfahren des Reichsfinanzministers für die Kredite** fallen wir zurück in die Zeit der Willkür und Unordnung vorkonstitutioneller Zeiten. Wir verlangen Vorlegung einer Zusammenstellung über alle bisherigen Selbstbewilligungen. Wir fordern Aufklärung über die Verwendung von 500 000 RM. für Wahlzwecke. Der jetzige Anleiheermächtigungsplan der Regierung verdient die Ueberschrift: „Das System von heute in der Sackgasse". (Beifall rechts.) Diese Vorlage wird unter keinen Umständen den Zusammenbruch des Haushaltswesens aufhalten.

Insgesamt sind im Rechnungsjahr 1931 trotz aller Steuererhöhungen und Neubelastungen fast 1,5 Milliarden weniger aufgekommen als im Vorjahre. Man hat deshalb vor der Anwendung letzter und verzweifelter Mittel nicht zurückscheut. Die Vorverlegung der Aprilrate aus Einkommensteuer- und Körperschaftssteuervorauszahlungen auf den März kann ich nur als rechtswidrig bezeichnen. Sachlich bedeutet dieser Vorgang eine gesetzlose 25prozentige Erhöhung der Einkommensteuer, staatsrechtlich bedeutet er eine Etatsverfälschung. Währung und Reichsetat sind bei uns zu etwas geworden, was wir als Kinder auf dem Jahrmarkt als „Mädchen ohne Unterleib" anstaunten. (Heiterkeit.) Wir stehen heute am Wege einer 13jährigen Politik der Illusionen, einer Politik, die gemeint hat, daß ein Staat nicht aus der Produktion, sondern aus der Enteignung leben könne, einer Politik, für die der Feind nicht draußen steht, sondern stets gearbeitet hat unter der Parole: „Der Feind steht rechts". Das System von heute ist gewogen und zu leicht befunden. Seine Uhr ist abgelaufen. Das ist der Sinn dieser letzten und schwersten Krise unseres Volkes. Es bleibt heute nur noch ein Wunsch: Daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht den endgültigen Zusammenbruch unseres Volkes bedeuten möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Baltrusch (Volksnat. Reichsvereinigung)

stimmt dem Schuldentilgungsgesetz zu. Im Vordergrunde stehe die Frage: Wie können wir unsere beschäftigungslosen Volksgenossen wieder zum produktiven Schaffen bringen. Wir lehnen einen weiteren Lohnabbau ab, auch wenn er sich hinter dem Schlagwort „Auflockerung der Tarifverträge" verbirgt.

Abg. Strasser (NS.):

Seit 1930 hat sich trotz der inzwischen aufeinanderfolgenden gewaltigen nationalsozialistischen Wahlsiege an der Reichspolitik gar nichts geändert. Die Regierung führt nur den Kampf gegen uns, nicht aber den Kampf für das deutsche Volk. Das ist staatspolitisch umso gefährlicher, als doch jedem klar ist, daß ohne die Nationalsozialisten eine erfolgreiche Reichspolitik nicht geführt werden kann. Der Aufstieg der Nationalsozialisten ist der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und Wiederherstellung des natürlichen Auskommens verweigert, weil er nur daran denkt, die Preise und Gewinne der Börse in die Höhe zu treiben. (Lebhafter Beifall bei den NS.) Diese große antikapitalistische Protestwelle, die durch das deutsche Volk geht, findet ihre Befriedigung nicht mehr in der Sozialdemokratie, die am 1. Mai den Massen nichts weiter zu verheißen wußte als Arbeitszeitverkürzung, Völkerfriede und Klassenhaß. Die von Ihnen als Allheilmittel betriebene Arbeitszeitverkürzung bedeutet ohne Lohnausgleich einen 16prozentigen Lohnabbau und den Ausgleich auf die Weise, daß alle verhungern. (Sehr wahr bei den NS.) Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen als die sozialdemokratische Partei. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten. Den Regierungsplan der Sparprämienanleihe lehnen wir ab. Er versucht eine Lösung, die keine Rücksicht auf die deutschen Arbeiter nimmt und die für uns als unabhängige Arbeiterpartei unannehmbar ist. Unsere Partei legt ein besseres Arbeitsprogramm vor. Das betrachtet als seine Grundlage nicht das Gold, sondern die beiden ewigen Werte, die es gibt, die Bodenschätze und die Arbeit. Falsch ist der Satz: „Kapital schafft Arbeit!" Richtig muß es heißen: Arbeit schafft Kapital! (Lebhafter Beifall.) Wir verlangen eine Aenderung der schwächlichen Fassung des Verfassungsartikels 163 dahin, daß es künftig heißt daß jeder Deutsche das Recht auf Arbeit haben muß. Wir werden Arbeit schaffen durch die Schaffung von Eigenheimsiedlungen. An dem Tage, an dem wir die Regierung übernehmen, wird der erste Spatenstich dazu gemacht. (Beifall.) Die Kommunisten empören sich über die Arbeitsdienstpflicht nicht, weil sie sie brutal fänden, sondern weil sie fürchten, daß die damit verbundene Erziehung zum deutschen Staat ihnen ihre Zersetzungspläne zerstört. (Lebhafter Beifall bei den NS.) Die bisherigen Siedlungsprobleme der Regierung weisen schwere Mängel auf. Wenn man die Siedlung im Osten Herrn Stegerwald anvertrauen will, so könnte der Eindruck entstehen, daß konfessionelle Rücksichten eine Rolle spielen, die bei dem Siedlungsproblem wirklich nicht am Platze sind. (Beifall bei den NS.) Ein staatliches Roggenmonopol wird sich nicht vermeiden lassen, wenn wir endlich das Lohnproblem lösen wollen. Wir wollen die Finanzierung des Arbeitsprogramms durch eine eigens dafür bestimmte Wirtschaftsbank durchführen. Die Ersparnis an Erwerbslosenunterstützung, das Mehraufkommen an Steuern bieten die Möglichkeit für eine zusätzliche Kreditschöpfung, die solange unbedenklich ist wie ein starker, sauberer Staat darüber wacht, daß damit kein Mißbrauch getrieben wird. Eine Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft muß dem jetzigen Wucher bei den Licht- und Strompreisen ein Ende machen. Das wichtigste ist aber die radikale Senkung des viel zu hohen Zinsfußes. Wenn wir hier unser Programm vorlegen, so erkennen wir an, daß Brüning an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist (Rufe bei den Kommunisten: „Er biedert sich an beim Zentrum!"), aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft darauf verwenden mußte, die heterogenen Parteien zusammenzuhalten, mit denen er regiert. Mit einer Vielheit von kleinen Parteien kann man in dieser schicksalsschweren Zeit nicht regieren, sie müssen weg. (Beifall bei den NS.) (Unruhe.) Der Mann, der in Deutschland Arbeit schaffen will, muß sich auf die Stimme des Volkes stützen können. Er kann die Politik nicht machen mit Aufhäuser oder Hugo Wolff oder Silverberg: Diese Finanzkapitäne und Wirtschaftsführer haben versagt. (Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten.) Regieren kann man nur mit einer Volksbewegung, die ihrem Führer unbedingtes Vertrauen entgegenbringt. So haben wir gegen Sie alle unsere Bewegung aus dem Nichts aufgebaut. Zur Erfüllung unserer Pläne erhoffen wir die Hilfe des Herrgotts, das Urteil überlassen wir der Geschichte. (Lebhafter Beifall bei den NS.)

Abg. Hepp (Lv.)

schließt sich dem nationalsozialistischen Vorredner in der Kritik der Wirtschaftspolitik der Regierung in vielen Punkten an. In Deutschland gebe es keinen Menschen, der eine Fortzahlung der Reparationen für möglich halte. Das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln werde von der Landvolkpartei in keiner Weise gebilligt. Minister Schiele habe das große Werk durchgeführt, dem deutschen Getreidebau in der schwersten Zeit vor dem völligen Verfall zu bewahren. Anzuerkennen sei auch die Tätigkeit des Ministers Schlange.

Damit ist die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes beendet. **Die Nationalsozialisten beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 264 gegen 209 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.**

Es folgt die zweite Beratung, in der das Schuldentilgungsgesetz gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wird.

Paragraph 8, der die Ermächtigung zur Sparprämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird im Hammelsprung mit 245 gegen 221 Stimmen angenommen. In diesem Falle hat auch die Deutsche Volkspartei mit der Opposition gestimmt.

Die dritte Beratung wird später stattfinden.

Es folgt nun

die allgemeine politische Aussprache,

mit der die **Mißtrauensanträge** und die Anträge gegen das Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisation und gegen die Aufhebung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln verbunden sind.

Abg. **Graßmann** (S.) verliest zunächst aus der Zeitschrift „Diktatur" die Sätze, in denen von der Goltz ausspricht, daß die Nationalsozialisten im Falle eine feindlichen Ueberfalls auf Deutschland sich dem Abwehrkampf nicht anschließen würden, so lange noch das jetzige Regierungssystem besteht. Die Nationalsozialisten haben heute endlich das bisher von ihnen als Geheimnis gehütete Arbeitsbeschaffungsprogramm mitgeteilt. In der jetzigen Zeit der akuten Not kann die Hilfe nicht von dem heute vorgetragenen nationalsozialistischen Programm kommen, dessen Verwirklichung viele Jahre in Anspruch nehmen würde. Die Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 40 Stunden wöchentlich muß für alle Produktionsgruppen durchgeführt werden, auch für die Eisenindustrie, die sich noch immer dagegen sträubt. Die Anbiederung Strassers an die Freien Gewerkschaften ist nicht echt. Der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus wird uns zum Ziele führen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Göring** (NS.): Das Kabinett Brüning, das sich als „Kabinett der Frontsoldaten" vorgestellt hat, ist tatsächlich ein Kabinett der Illusionen. Diesem Kabinett, das auf allen Gebieten versagt und alle Hoffnungen enttäuscht hat, sprechen wir in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aus. Es ist nicht möglich, an internationalen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen, wenn im Innern nicht eine kräftige völkische Politik gemacht wird.

Im weiteren Verlauf der Rede des Abg. Göring (NS.) kam es zu **stürmischen Zusammenstößen mit der Sozialdemokratie.**

Gröner über das Verbot der SA. und SS.

Dann ergriff **Reichsinnen- und Reichswehrminister Dr. Gröner** das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte:

Wenn der Abg. Göring der Regierung und mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir durch das Verbot der SA. und SS. der Nationalsozialisten die moralische Abrüstung des Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen auf das **ernsteste Verwahrung** einlegen. (Erregt mit der Faust auf das Rednerpult schlagend: Ich verbitte mir das!) (Händeklatschen in der Mitte — erregte Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Von den Nationalsozialisten werden nach diesem Satz Zwischenrufe gemacht, von den Sozialdemokraten Gegenrufe. Abg. Frick (NS.) ruft drohend nach links: „Infame Burschen!" Hat er das gesagt, wir verlangen Ausweisung oder wir greifen zur Selbsthilfe! **Minutenlang dauert darauf der Lärm an, bis der Vizepräsident endlich dem Minister wieder Ruhe schaffen kann.** Abg. Göring hat in außerordentlich warmer Weise die Vaterlandsliebe der SA. gerühmt. Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, daß 400 000 tatbegierige junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen und nicht dem Staat. Ich kann hier nicht das Material vortragen, das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muß einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte, die **Hitler in Lauenburg** gesagt hat. (Die Abg. Göring unnd Frank 2 machen erregte Zwischenrufe.) Hier steht schwarz auf weiß: „Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA. in die befohlenen Bereitstellungsräume". Als Grund ist angegeben: „Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA. zur Verfügung halten." (Zuruf von den Nationalsozialisten: „Na, Ihnen doch nicht etwa!" von links wird geantwortet: „Das ist das Bekenntnis des Landesverrates".) **Wenn unsere Grenzen bedroht werden, dann müssen wir von jedem Deutschen verlangen, daß er sich dem Reiche zur Verfügung stellt, einschließlich der SA. und einschließlich Hitlers.** (Beifall bei der Mehrheit, Lachen und Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Die SA. war bis zum Herbst 1930 verhältnismäßig harmlos. Erst mit dem Erscheinen des **Hauptmanns Röhm** ist ein neuer Zug in die SA. gekommen. (Große Heiterkeit links.) Die Tatsache daß die ganze SA. in der Hand eines einzelnen Mannes ein unbedingt fügsames Werkzeug ist, bedeutet eine besondere Gefahr. (Lärm und Lachen bei

den NS.) Ich erinnere nur an den Hitler-Putsch. (Lärm bei den NS.) **Das Verbot der SA. war im Interesse der Staatsautorität notwendig.** Die Forderung eines Verbots des Reichsbanners konnte dagegen nicht begründet werden, denn die SA. ist gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner dagegen für den Staat. (Lärm und Lachen bei den NS.)

Minister Gröner verliest hierauf seinen Brief an den Reichspräsidenten, in dem er die Gründe darlegt, aus denen nach seiner Meinung **ein Verbot des Reichsbanners nicht in Frage komme,** da das Reichsbanner im Gegensatz zu der SA. überparteilich sei und keine Umsturzbestrebungen verfolge. Der Minister fährt fort: Wenn Abg. Göring behauptet, ohne die SA. gäbe es keine Ruhe und Ordnung in Deutschland, so antworte ich: **Ohne die SA. hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate!** (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wenn Abg. Göring nur für seine Partei die Vaterlandsliebe in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Anmaßung. **Die Vaterlandsliebe hat in allen Parteien ihre Stätte und ich will dafür wirken, daß sie im ganzen deutschen Volke immer stärker wird.** (Beifall bei den Mittelparteien. Lärm und Gelächter bei den NS.)

Abg. **Strasser** (NS.): Ich beantrage, daß diese Grönerrede durch Schallplatten in Deutschland verbreitet wird (Heiterkeit) und daß eine Pause eingelegt wird, damit das Reichskabinett darüber entscheidet, ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee in Deutschland in Händen halten kann. — Vizepräsident weist den Abg. Strasser wegen seines Angriffs auf den Minister **aus dem Saale.** Die Nationalsozialisten protestieren lärmend gegen die Maßnahme des Vizepräsidenten. — Strasser bleibt im Saale und seine Freunde bringen laute Heilrufe aus. **In dem ungeheuren Lärm verläßt gegen 6 Uhr Vizepräsident Esser seinen Platz und unterbricht dadurch die Sitzung.** Nach Wiederaufnahme derselben erhält Strasser einen Ordnungsruf, darf aber im Saale bleiben. Die weitere Aussprache verläuft ruhiger.

Mißtrauensanträge auch gegen Schiele und Schlange-Schöningen.

T.U. **Berlin,** 10. Mai. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag Mißtrauensanträge gegen Reichsernährungsminister Schiele und Reichskommissar für die Osthilfe, Schlange-Schöningen, eingebracht. Sie will, wie sie betont, damit dokumentieren, daß sie mit der Politik der beiden Minister in der Frage der Osthilfe nicht einverstanden ist, weil dadurch die Gewerbetreibenden benachteiligt würden.

Der Verlauf der Reichstagsdebatte

Berlin, 10. Mai. Die erste Sitzung des Reichstages hat, soweit sie es konnte, die Auffassung bestätigt, daß diese Tagungsperiode keine Sensationen bringen würde. Das zeigte sich besonders in der starken Zurückhaltung, deren sich die radikalen Flügelparteien befleißigten. Darüber hinaus hat dieser erste Tag auch das positive Ergebnis gehabt, bereits erkennen zu lassen, daß die Stellung des Reichskabinetts gegenüber dem Parlament so stark ist, daß man ganz allgemein mit der Ablehnung aller Mißtrauensanträge rechnet, denen damit nur noch demonstrative Bedeutung zukommt.

Aus dieser Beurteilung heraus ist offenbar auch der Wunsch entstanden, die Tagung so schnell wie möglich zu beenden, wahrscheinlich schon am Mittwoch abend. Diese Verkürzung käme auch den Wünschen der Reichsregierung entgegen, die die letzten Tage vor Pfingsten möglichst noch zu positiver Arbeit an der neuen Notverordnung ausnützen will.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 10. Mai. Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich mit den weiteren Dispositionen für die Plenarverhandlungen. Es wurde beschlossen, die Redezeit für die Fraktionen zur politischen Aussprache, die bisher auf zwei Stunden bemessen war, auf drei Stunden pro Fraktion zu verlängern. Weiter kam zum Ausdruck, daß es noch nicht feststehe, ob das Schuldentilgungsgesetz an den Haushaltsausschuß überwiesen werde. Für den Fall, daß eine Ausschußüberweisung abgelehnt wird, dürften der endgültigen Erledigung der Vorlage auch in dritter Lesung noch vor der Pfingstvertagung absolut keine Schwierigkeiten im Wege stehen. Es ist damit zu rechnen, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages vor Pfingsten am Donnerstag abgeschlossen werden. Am gleichen Tag wird dann noch der **auswärtige Ausschuß** zusammentreten, da Staatssekretär Pünder im Aeltestenrat das Einverständnis des Reichskanzlers zu einer solchen Verhandlung gegeben hat. Die Kommunisten beantragten, den Reichstag am 23. Mai bereits wieder zusammenzuberufen zur Vornahme der ersten Lesung des Etats und Beratung anderer Gegenstände. Gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, wurde dieser Antrag abgelehnt. Man rechnet nun damit, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages am 6. Juni fortgesetzt werden.

Tardieus Rücktritt

Kehrt er als Außenminister zurück?

Die Regierung Tardieu ist zurückgetreten. Das ist die natürliche Folge der eklatanten Niederlage, die sie bei den Kammerwahlen erlitten hat. Der französische Wähler hat sein Urteil gefällt. Edouard Herriot, der Mann der Linken, wird Frankreichs Ministerpräsident. Es würde gegen die Logik der Dinge sprechen, sollte ihm die Regierungsbildung nicht gelingen. Was wird aber aus Tardieu? Wird er neben der Ministerpräsidentschaft auch den Posten des Außenministers verlieren?

Jahrelang suchte Tardieu das Außenministerium zu erobern. Dieses Bestreben hat bei ihm das frühere Bestreben nach dem Innenministerium abgelöst. Er hatte den Wunsch, sein Talent als Diplomaten zu beweisen. Er, Tardieu, der seinerzeit, in den Kriegsjahren als Redakteur des „Temps" wichtige außenpolitische Missionen zu erfüllen hatte. Zur Erreichung dieses Zieles schreckte er vor keinem Mittel zurück. Man munkelt in Frankreich, daß es Tardieu war, der bei den Präsidentenwahlen des 13. Mai 1931 die Niederlage Briands und den Sieg des unglücklichen Doumer herbeiführte. Auf die „Arbeit" Tardieus hinter den Kulissen soll die Kaltstellung und schließlich der politische und physische Zusammenbruch Briands zurückzuführen sein. Man weiß, daß Briand sich von dem Schlag, der ihm am 13. Mai versetzt wurde, nicht mehr erholte und daß er buchstäblich von einem Tage zum anderen ein alter Mann wurde, der schon wenige Monate später dem Tode keinen Widerstand zu leisten vermochte.

Ja, es war für Tardieu nicht leicht, das Außenministerium zu erobern. Und nun soll er seine Beute loslassen, soll als erledigter Mann den kommenden internationalen Verhandlungen in Genf und vor allen Dingen in Lausanne fernbleiben? Die Entscheidung darüber liegt nicht in der Macht Tardieus. Sie hängt fast ausschließlich von Herriot ab. Würde es nach dem klaren Willen der Wähler gehen, dann müßte Tardieu von der politischen Bildfläche gänzlich verschwinden. Das wird bestimmt der Fall sein, wenn Herriot eine ausgesprochene Linksregierung unter Teilnahme oder zumindest mit direkter Unterstützung der Sozialisten bilden wird.

Anders würden sich die Dinge gestalten, wenn Herriot sich zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung unter Ausschluß der rechten Marin-Gruppe entschlossen hätte. In diesem Falle würde die Tardieu-Gruppe mit von der Partie sein. Aber selbst dann wäre es noch fraglich, ob Herriot seinem bisherigen Gegner Tardieu den überaus verantwortungsvollen Posten des Außenministers überlassen würde. Verfolgt man die politische Geschichte Frankreichs in den letzten Jahrzehnten, so kann man beinahe eine Regel aufstellen: in der Dritten Republik wird **links gewählt** und **rechts regiert.** So war es — wird es auch so bleiben? Dann dürfte man um das Schicksal Tardieus, des Mannes der geschlagenen Rechten, nicht sonderlich besorgt sein.

*

Noch ein Wort zu den französischen Wahlen und das Verhältnis zu Deutschland. Tardieu hatte seiner Mehrheit die Wahlparole gegeben: Der Sozialismus ist der Feind. Und Hitler ist der schwarze Mann! Eine Ausnahme von Hitler vor dem Mikrophon, wie er gerade die zur Faust geballte Rechte ausstreckt, kam für die Wahlagitation der Regierungsseite sehr gelegen. Dazu wurde der Kommentar ausgegebn: „Auf das Deutschland Stresemanns ist das Deutschland Hitlers gefolgt. Nach der Politik der ausgestreckten Hand die Politik der vorgestreckten Faust." Daß das alles ohne Erfolg geblieben ist, daß die Einwirkung der Weltkrise stärker geblieben ist als die Mätzchen der Wahlagitation, das darf man gewiß mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Die deutschen Propheten der Linken konnten sich seinerzeit nicht genug tun in der düsteren Ausmalung der Folgen, die ein Sieg der Nationalsozialisten bei den Preußenwahlen für die Wahlen zur französischen Kammer nach sich ziehen würde. Nunmehr liegt das Ergebnis klar zutage: der Sieg der Nationalsozialisten in Preußen ist ohne Rückwirkung auf die französischen Wahlen geblieben. Die Franzosen haben gewählt ohne Rücksicht auf die Umschichtung in Deutschland, geleitet allein von der Rücksicht auf ihre heimischen Bedürfnisse. So wird die neue französische Kammer zu einem lebendigen Zeugnis gegen die Linkspolitiker, die es nicht lassen können, uns die Meinung des Auslandes als Richtschnur dafür zu empfehlen, wie wir uns daheim einzurichten hätten. Lernen wir also vom Gegner und schaffen wir ohne Rücksicht auf angebliche außenpolitische Folgen auch bei uns endlich die Zustände, die unseren inneren Bedürfnissen gemäß sind.

*

Die Regierung Tardieu zurückgetreten

T.U. **Paris,** 10. Mai. Nachdem der neue Staatspräsident im Palais Luxemburg seine Amtsräume bezogen hatte, überreichte Ministerpräsident Tardieu ihm in Gegenwart des gesamten Ministeriums das Rücktrittsgesuch. Der neue Präsident hat das Gesuch angenommen.

Die Begründung des Rücktrittsgesuches.

T.U. **Paris,** 10. Mai. In dem Rücktrittsgesuch, das Ministerpräsident Tardieu bei seinem Besuch im Palais Luxembourg verlas, heißt es, die Regierung müsse darum bitten, sie nicht durch einen Erlaß wie sonst üblich um die Fortführung der Geschäfte zu ersuchen. Der Ausgang der Kammerwahlen habe gezeigt, daß die Regierung nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit besitze. Die außenpolitische Lage aber erfordere eine autoritative Regierung, hinter der das ganze Land stehe. Beschlüsse müßten gefaßt werden, die die Zukunft Frankreichs auf lange Zeit hinaus festlegten. Selbstverständlich stünden er und die Minister zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten auch weiterhin zur Verfügung. Aber er bitte darum, daß die Zwischenzeit bis zur Bildung einer neuen Regierung so kurz wie möglich bemessen sein möge.

Nach Lage der Dinge dürfte die Regierung Tardieu noch bis in die ersten Juni-Tage hinein die Geschäfte weiterführen, da Lebrun die ersten Schritte zur Bildung der neuen Regierung kaum vor dem Zusammentritt der neuen Kammer tun dürfte.

„Graf Zeppelins" Heimkehr

Starker Sturm verhindert die Landung

Friedrichshafen, 10. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist auf der Rückfahrt von seiner vierten Amerikafahrt am 8.27 Uhr am Dienstag vormittag über dem Werftgelände erschienen und warf um 8.45 Uhr zwei Postsäcke mit zusammen 130 Kilogramm ab. Wegen starken Südweststurmes mußte die Landung hinausgeschoben werden.

Um 1 Uhr mittags befand sich das Luftschiff noch immer in Kreuzfahrt über dem Bodenseegebiet, da der noch immer herrschende **sturmartige Westwind** bei dem kleinen Landungsplatz vor der Zeppelinwerft eine gefahrlose Landung unmöglich macht. Kurz nach 1 Uhr erschien das Luftschiff wiederum über dem Werftgelände, anscheinend um die Windverhältnisse zu erkunden, es entfernte sich aber bald wieder. Die Führung hat Kapitän Lehmann inne. Der Sturm dauert an.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist nach stundenlangem Kreuzen über dem Werftgelände um 13.28 Uhr ohne Werfen der großen Haltetaue glatt gelandet

Riesenluftschiff „Akron" in schwerem Sturm

Vergeblicher Landungsversuch

Fortworth (Texas), 10. Mai. **Das Riesenluftschiff „Akron" geriet in der Nähe von San Angeles in einen schweren Sturm. Sämtliche Einwohner der Stadt wurden alarmiert, um bei einem Landungsversuch des Luftschiffes Hilfe zu leisten. Alle Versuche, das Luftschiff auf die Erde zu bringen, schlugen jedoch wegen des heftigen Sturmes fehl. Die „Akron" trieb steuerlos in der Richtung auf Christobal. Man ist über ihr Schicksal in größter Unruhe.**

Befürchtungen wegen der „Akron".

T.U. **New-York,** 10. Mai. Nach in New-York vorliegenden Meldungen überflog das Luftschiff „Akron" um 9 Uhr M.E.Z. Toyah (Texas) in südwestlicher Richtung, kehrte aber schon um 10 Uhr wieder zurück, nachdem es anscheinend in der Gebirgsgegend von Südwesttexas infolge der Wetterverhältnisse auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen war. Aus einer Höhe von etwa 750 Metern wurden zwei Meldungen abgeworfen, die der Wind forttrug. Das Luftschiff schien teilweise zu treiben. Man befürchtet, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[5

Warum nur war sie damals geflohen, nach England? Weshalb war sie nach London gekommen?

Nur deshalb, um noch einmal die Stätte ihrer Kindheit zu sehen, um noch einmal bei Lizzi Hastings ausruhen zu können, von allen Strapazen des Lebens. Und dann, auf dem Wege zu ihrer mütterlichen Freundin, war ihr das Geld ausgegangen, war sie mittellos in London herumgeirrt und, am Themseufer, von Charlie Hickson aufgegriffen und mitgenommen worden.

Und jetzt — jetzt stand sie wieder da wie vor einem Jahre, und wußte nicht ein noch aus.

Indes, sie hatte ja Geld in der Brieftasche, sie hatte ja die Möglichkeit, nach der kleinen Stadt in der Grafschaft Norfolk zu kommen, wo sie die einzige schöne Zeit ihres Lebens verbracht hatte: ihre Kinderjahre.

Eine ungeheure Sehnsucht ergriff Ellinor, während sie an ihre gute alte Freundin dachte. Nach einer Frauenhand, die ihr zärtlich über das Gesicht strich, wie es Lady Wilson so oft getan hatte. Und noch hatte sie ja Zeit, noch konnte sie London entfliehen.

Erst am Morgen, wenn die Zofe der alten Lady die Schokolade ans Bett bringen würde — es war etwa um die neunte Morgenstunde —, dann erst würde man das Verbrechen entdecken.

Bis dahin konnte sie schon an ihrem Ziel sein, geborgen in der Obhut Frau Hastings, konnte sich ihrer alten Freundin anvertraut, bei ihr Rat geholt haben.

Ellinor war durch die Thamesstreet gegangen und befand sich jetzt am Billingsgate Market, in der Nähe der London Bridge, wo immer der große Fischmarkt stattzufinden pflegte. Die nahe Kirchenuhr verkündete die fünfte Morgenstunde.

Uebernächtig und frierend eilte Ellinor weiter, zur King Williamsstreet, an der bekannten großen Säule vorüber, die man zur Erinnerung an das gewaltige Feuer von sechzehnhundertsechsundsechzig errichtet hatte. An der Haltestelle Mounment bestieg sie die Untergrundbahn, um nach dem Bahnhof Liverpoolstreet zu fahren.

Als sie dort ausgestiegen war, machte sich ein starkes Hungergefühl bemerkbar. Sie mußte etwas zu sich nehmen, ehe sie den Zug bestieg.

Ellinor faßte Mut und betrat das Hotel, das dem Bahnhof Liverpoolstreet angebaut war. Sie ließ sich ein Frühstück geben, ohne großen Genuß davon zu haben. Unruhig gingen ihre Augen in dem Raum hin und her, ob sie von einer der herumsitzenden Personen etwa beobachtet wurde. Obwohl alle mit sich selbst beschäftigt waren, war sie doch froh, als sie fertig war und das Lokal verlassen konnte.

Sie hatte sich zuvor orientiert, daß ihr Zug in einer Viertelstunde London verließ. Es war also Zeit, das Billett zu lösen und sich einen Platz zu suchen.

Erst als sich der Zug in Bewegung gesetzt, als er London verlassen hatte, wurde Ellinor ruhiger.

Zweites Kapitel.

Es war kalt und trübe und sah unfreundlich aus. Vorläufig merkte man noch nichts von dem beginnenden Frühling.

In Cochester mußte Ellinor umsteigen, weil der Zug nach Harwich weiterfuhr.

Die Ruhe, die über Ellinor zuerst in dem fahrenden Zug gekommen war, wich langsam großer Zaghaftigkeit.

Wie konnte sie wissen, ob Frau Hastings noch lebte, ob sie sich an ihre ehemalige Schülerin erinnern würde? Vielleicht, daß ihre Hoffnungen täuschten, daß sie in einer Stunde noch hoffnungsloser sein würde, als sie es ohnehin schon war.

Aber — das mußte man abwarten.

Ellinor sah zum Fenster hinaus. Der Zug hatte sein Tempo verlangsamt, schien sich in der Nähe einer Station zu befinden. Ellinor sah nach der Uhr; sie mußte gleich an ihrem Bestimmungsort angelangt sein. Es schien ihr auch, als ob ihr die Landschaft vertraut wäre, als ob sie das alles früher schon einmal gesehen hätte. Sie hatte fast ein Heimatsgefühl, während sie die kleinen Häuschen betrachtete und die geruhsamen Straßen, die draußen vorüberzogen.

Dann hielt der Zug, Ellinor stieg aus. Sie verließ den Bahnhof.

Fünfzehn Jahre lang war sie nicht hier gewesen, und doch kannte sie fast noch jedes Haus, so wenig hatte sich hier verändert.

Alle die kleinen Häuschen, in denen die Feldarbeiter wohnten, waren noch genau so unansehnlich wie ehedem. Die Kaufläden sahen noch ebenso altmodisch aus, und auch die Menschen hatten sich nicht wesentlich verändert.

Ellinor Grey brauchte nicht lange zu gehen, bis sie an das kleine Häuschen kam, in dem sie ihre glücklichsten Jugendjahre verlebt hatte.

Unschlüssig stand Ellinor da. Jetzt, da sie am Ziel war, wäre sie am liebsten wieder umgekehrt.

In diesem Augenblick öffnete sich die Haustür. Eine kleine, ältliche Dame trat heraus und schaute erstaunt auf die Fremde, die unverwandt das Haus anstarrte. Ellinor erblickte die Frau und errötete, als sie die sie musternden Augen sah.

Eine Weile sahen sich die beiden Frauen stumm an. Dann fragte die Aeltere:

„Suchen Sie hier jemanden, mein Fräulein?"

Langsam trat Ellinor Grey näher und fragte:

„Wohnt Frau Hastings nicht mehr in diesem Hause?"

„O ja, sie wohnt noch hier. Wünschen Sie etwas von ihr?"

„Ja ...! Ich möchte sie gern sprechen."

„Darf ich um Ihren Namen bitten, Fräulein?"

„Oh ...! Ich möchte Frau Hastings so gern überraschen."

„Ja ...! Aber ich weiß nicht recht ..."

(Fortsetzung folgt.)